

Forschungswende für die Große Transformation

Neue Ansätze in der Forschungspolitik

„Die Forderung nach einer alternativen sozialen Rolle der Wissenschaft mag in unserer Gesellschaft aus politischen Gründen ebenso illusionär sein, wie die Forderung der wissenschaftlichen Bewegung des 17. Jahrhunderts objektive Naturerkenntnis mit Strategien der kulturellen, politischen und sozialen Emanzipation zu verbinden. Aber die Grenzen einer sozialen Rekonstruktion der Wissenschaft liegen zuerst in der Gesellschaft, nicht in der Wissenschaft“.¹

Die Große Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Offensichtlich geht der ungebremsste Erfolg des Kapitalismus weltweit mit erheblichen ökologischen und sozialen Schäden einher. Das Konzept der „Planetary Boundaries“² zeigt deutlich, dass für Biodiversität oder Erderwärmung bereits kritische Dimensionen erreicht sind. Die Umweltverbände mit ihren klassischen Themen wie Atomkraft, Pestiziden oder Gentechnik haben in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt, um die Bedrohtheit unserer Erde ins allgemeine Bewusstsein zu rücken. Aber wie sind sie aufgestellt, um auf komplexe, systemische Fragestellungen wie Klimawandel, Welternährung oder „Peak of Everything“ zu reagieren? Noch fehlt es nicht nur in den Umweltverbänden, sondern auch in Gewerkschaften, Entwicklungshilfeverbänden u. a. an Wissen sowie an den Voraussetzungen, um den Wandel für eine nachhaltige Wirtschaft notwendigen tief greifenden systemischen zu verstehen und entsprechende Strategien zu entwickeln. Dabei wäre dies ein wichtiger Schritt, denn zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) genießen hohes Vertrauen und sind deshalb wichtige Player für einen gesellschaftlichen Wandel. In ihrer Dimension ist die Große Transformation vergleichbar mit der Industriellen Revolution. Sie verlangt, das Paradigma des Wirtschaftswachstums in Frage zu stellen und sich vom vorherrschenden Konsumdenken zu lösen, zugunsten einer

¹Böhme, Gernot; Daele, Wolfgang van den; Krohn, Wolfgang: S.172

²Rockstroem 2009

Kultur des Gemeinwohls, die nicht auf materiellem Wachstum beruht.³ Umweltverbände beschäftigen sich in der Regel weder mit ökonomischen noch mit sozialen Fragen, ihr Focus liegt auf der Ökologie. Dafür sind sie Spezialisten, pflegen in diesem Feld ihre Lobbyzugänge in der Politik und ihre Strukturen im Verband. Umweltverbände zeigen wenig Aktivitäten in Wissenschaft und Forschungspolitik. Dabei formt die Wissenschaft unsere Zukunft, prägt Pfadabhängigkeiten und nimmt über ihre technologischen Entwicklungen großen Einfluss auf unser alltägliches Leben. Diese Erkenntnis und das Unbehagen an der technologiezentrierten Forschungspolitik (und dem damit verbundenen Mangel an sozialen Innovationen) reifte in den letzten Jahren in einigen großen Verbänden. Wenn wir eine nachhaltige Gesellschaft gestalten wollen, brauchen wir eine Wissenschaft, die uns für diese Problemstellung Lösungen bietet. Doch wer vertritt die Interessen der Umwelt, Entwicklungshilfeverbände, Gewerkschaften etc. in der Forschungspolitik? Damit die Verbände sich in der Forschungspolitik einbringen können, bedarf es einiger Voraussetzungen. Sie selbst müssen sich in ihren Organisationen so strukturieren, dass sie das Querschnittsthema „Wissenschaft & Forschung für die Große Transformation“ bewältigen können und wir brauchen partizipative Strukturen im politischen System, die eine solche Beteiligung ermöglichen.

Wissenschaft und Forschung formen heutige und zukünftige Gesellschaften mehr denn je. Dies gilt für die nationale Politik ebenso wie für Europa. Europa investiert Milliarden in seine Forschungsrahmenprogramme (FP), den zweitgrößten Ausgabenposten der EU nach den Agrarstrukturprogrammen.⁴ Das Ziel des laufenden wie des kommenden Rahmenprogramms ist es, den großen Herausforderungen (Grand Challenges) wie Klimawandel, Ressourcenverknappung und der Ernährung von geschätzten neun Milliarden Menschen in 2050 auf dieser Erde zu begegnen. Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel zur Lösung dieser komplexen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme. Es droht die Gefahr, dass die Lobbyinteressen der (Groß-) Industrie den Fokus auf Technologie- und Produktentwicklung legen, dass vor allem technologische statt soziale Innovationen gefördert werden. Fast ein Drittel der europäischen Steuergelder im FP7 wurden in die Forschungslabore der Industrie investiert, voraussichtlich gilt das auch für die 80 Mrd. im Haushaltsentwurf für das FP8 „Horizont 2020“ (2014 bis 2020)⁵. Die Planung der Forschungsrahmenprogramme ist fest in der Hand der Kommission und der Industrie, der

³Narberhaus 2012

⁴Im jetzt laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm (2007 bis 2014) werden 50,5 Billionen Euro ausgegeben.

⁵<http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm> (Stand 03.04.2013)

Zivilgesellschaft bleibt die Statistenrolle. Der Blick auf Europa zeigt „in a nutshell“ das gesellschaftliche Problem: die Fokussierung der Programme auf Hightech und internationale Konkurrenzfähigkeit. Doch wir brauchen Alternativen zu „high growth, high profit models of economic development that have been pursued to such devastating excess“.⁶

National treffen wir auf ganz ähnliche Bilder. Die großen Herausforderungen könnten nur mit großen Investitionen in die Wissenschaft gelöst werden, wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nicht müde zu betonen.⁷ Deshalb gehört das BMBF zu den wenigen Ressorts, die einen stetigen Haushaltsaufwuchs zu verzeichnen haben, allein 13,7 Mrd. Euro Steuermittel im Jahr 2013⁸. Ähnlich wie auf europäischer Ebene trifft man auch im BMBF auf technologiezentrierte Forschungsprogramme, die gemeinsam mit der Industrie und der Wissenschaft in Gremien wie der Forschungsunion entwickelt und beraten werden. Die Forschungsunion wurde zeitgleich mit der Hightech-Strategie zu Zeiten der Großen Koalition 2006 installiert. „Der Auftrag ging von Forschungsministerin Annette Schavan persönlich an hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft. Seit Mitte 2006 arbeiten sie zusammen mit Vertretern der Politik in der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft. Denn wenn man in der Hightech-Strategie von Forschung spricht, geht es um produktnahe Vorhaben, die sich am Weltmarkt orientieren“⁹. Dabei entwirft die Hightech-Strategie Szenarien zur Grundversorgung unserer Zusammenlebens: Mobilität, Ernährung, Energie, Kommunikation und die Probleme einer alternden Gesellschaft.

Folgende Fragen stellen sich:

- Werden Forschungsprogramme zu öffentlichen Gütern wie Energie, Gesundheit, Mobilität von einem Gremium aus (Groß)Unternehmensführern und Großforschungseinrichtungen angemessen analysiert und bewertet?
- Wie lassen sich die öffentlichen Güter wie Energie, Gesundheit, Mobilität etc. unter extremer Reduktion des Energie- und Ressourceneinsatzes in einer nicht weiter wachsenden Ökonomie bereitstellen?
- Lassen sich die großen Herausforderungen (Klima, Ernährung etc.) über den Markt und weltmarktfähige Produkte lösen?

⁶„Competitive Industries: http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm?pg=competitive-industry (Stand: 30.02.2013)

⁷<http://www.bmbf.de/de/90.php> (Stand: 02/2013)

⁸<http://www.bmbf.de/press/3378.php> (Stand: 30.03.2013)

⁹http://www.stifterverband.info/publikationen_und_podcasts/taetigkeitsbericht/archiv/stifterverband_bericht_2006_2007.pdf

- Woher kommen soziale Innovationen, die zu veränderten Konsummustern, Lebensstilen oder Formen des Zusammenlebens führen? Wer vertritt diese „schwachen“ Interessen, die sich nicht markt- oder produktförmig darstellen lassen, in den Entwürfen der Forschungsförderung?

Gesellschaftliche Ausgangslage

Diese vorab gestellten Fragen bringen uns zu grundlegenden Überlegungen. Wer bestimmt über die Forschungsstrategie und in wessen Namen werden die öffentlichen Gelder investiert? Wo findet eine politische oder gar gesellschaftliche Debatte zur Ausrichtung unserer Zukunft angesichts der großen Herausforderungen statt?

Obwohl die Wissenschaft als der wesentliche Problemlöser für eine dynamische, wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft dargestellt wird, ist die öffentliche und politische Aufmerksamkeit für Wissenschaft und Forschung höchst gering. Wissenschaft gehört nicht zu den Gewinnerthemen für politische Karrieren. Wer eine politische Karriere anstrebt, macht diese am ehesten im Haushaltsausschuss und nicht im Ausschuss für Wissenschaft, Bildung und Technologieentwicklung. Die WissenschaftsministerInnen werden in der öffentlichen Debatte eher im Kontext Bildung wahrgenommen. In den Medien wird vorrangig über spektakuläre naturwissenschaftliche Entdeckungen und Erfindungen berichtet, doch der Wissenschaftsjournalismus erhält wenig Beachtung. Kritischer, investigativer Wissenschaftsjournalismus wird kaum mehr bezahlt, Wissenschaftskommunikation als PR Veranstaltung dagegen hat Konjunktur. Dies führt zu einem Mangel an Transparenz der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Gelegentlich äußert der Bundesrechnungshof öffentliche Kritik am System und beanstandet Ausgaben im Wissenschaftsbetrieb auf Staatskosten.¹⁰

Ein deutlicher Umschwung erfolgte mit dem Jahresbericht 2011 „Die Große Transformation“ des wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltfolgen (WBGU). Mit einer großen Transformation meint der WBGU, dass die Ökonomie sich von endlichen, fossilen Brennstoffen verabschieden und auf eine nichtfossile, klimafreundliche Basis umsteigen solle. Die Treiber des bisherigen desaströsen Vorgehens seien vorrangig wissenschaftlich-technische Lösungsansätze, das rapide Bevölkerungswachstum und die ökonomische

¹⁰ <http://bundesrechnungshof.de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/Bemerkungen-2011.pdf> (Stand: 02.03.2013))

Wachstumsfixierung der Gesellschaft (exakt die Punkte, die bereits weiter oben in der Kritik von Horizont 2020 aufgeführt wurden). Der WBGU jedoch strebt das Gegenteil an: die Beschneidung der Optionen herkömmlichen Wirtschaftswachstums zugunsten der Sicherung von Freiheitsspielräumen (Freiheitsspielräume im Sinne von ökologischer und sozialer Existenzsicherung). Dies erfordere die Transformation eines starken Staates, der ausbalanciert werden müsse durch die erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Die Ansprüche an die Transformation sind gewaltig. Es bedarf weit reichender sozialer Innovationen für gesellschaftliche Veränderungen, neuer Werte, neuer ökonomische Modelle, neuer Ausbildungs- und Konsumentenmuster, und vor allem: der Verabschiedung von alten Technologien, Verhaltensmustern und etablierten Interessen. Dazu sind neue Lehrstühle, neue Forschungsinfrastrukturen und neue Akzeptanzkulturen notwendig. Durch die Fehlallokation von öffentlichen Geldern in nicht nachhaltige Forschungsfelder verlangsamt die notwendige Transformation. Deshalb müssen Umweltverbände u.a. mehr politischen Druck aufbauen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich bislang wenig in die Wissenschaftspolitik eingebracht, dabei kommt der Zivilgesellschaft als Pioniere des Wandels eine tragende Rolle zu. Denn nur wenn wir uns seitens der Zivilgesellschaft interessieren und organisieren, können wir die Zukunftsentwürfe unserer Gesellschaft wirkungsvoll mitgestalten. Aus dieser Analyse resultiert die Forderung nach einer „Forschungswende – für mehr Transparenz und Partizipation in der Wissenschafts- & Forschungspolitik“.

Research for CSOs¹¹

Unter dem Namen Forschung für Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSO) reflektiert die Europäische Kommission, DG Research, ihren Zugang zu den CSOs. Sie stellen fest, dass die Kommunikation sehr einseitig verlief, die Wissenschaft wurde den CSOs mitgeteilt. Doch das ändert sich: Wissenschaft und CSOs suchen eine neue Symmetrie des Dialoges, des Austausches zwischen Erkenntnis und Forschungsfragen. CSOs werden als Organisationen wahrgenommen mit wertvoller Expertise und engen Verbindungen zu den Menschen, die von der Forschung profitieren können. Eine geteilte Problemsicht und Verantwortungsübernahme für Lösungen steigert die Robustheit der Forschungsansätze. Forscher und CSO können beide profitieren von einer engeren Zusammenarbeit, wenn eine Reihe von Randbedingungen mit in Betracht gezogen werden. Nicht jeder Forscher hat an

¹¹ <http://ec.europa.eu/research/science-society/index.cfm?fuseaction=public.topic&id=1298&lang=1>

einer Einbeziehung transdisziplinärer Akteure Interesse und Bedarf und nicht immer sind dies CSOs so fit, dass sie ihre Forschungsinteressen angemessen einbringen können.

Hier setzt die Unterstützung für die CSOs an mit dem Programm: **Research for the Benefit of Specific Groups – Civil Society Organisations**. Dieses Programm wurde 2007 eingeführt und erlaubt CSOs sich auf Calls for Proposals zu bewerben. Hiermit soll die Wissenschaftskompetenz der CSO erhöht werden, damit sie informiert in der politischen Debatte teilnehmen können. Das Programm bietet den CSOs Unterstützung um:

- Wissenschaftliche Antworten auf ihre Bedarfe zu finden
- Wissenschaftler mit neuem Input und Perspektiven zu versorgen
- Öffentliche Forschungsausschreibungen mit zu diskutieren
- Den öffentlichen Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen zu verbessern.

Zusätzlich dazu werden Forschungsaktivitäten, Trainings, Diskussionen und Kommunikation unterstützt. Dieses europäische Programm, das im 8.Forschungsrahmenprogramm unter Responsible Research and Innovation weitergeführt wird, gibt eine gute Vorlage dafür ab, was auf der nationalen Ebene an Unterstützung für die CSOs möglich und nötig wäre. Ein erster Ansatz ist das nachfolgende Projekt, das allerdings nicht vom BMBF sondern aus dem Verbändeförderansatz des BMUB finanziert wird und bei begrenzten Ressourcen bei weitem den Bedarf nicht abdecken kann.

Das Projekt Forschungswende: Aufbau einer Diskussionsplattform

Das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt fördert über zwei Jahre (08/2012 bis 07/2014) das Verbändeprojekt: "Voraussetzungen und Ziele zivilgesellschaftlicher Partizipation an der nationalen Forschungsagenda". Mit dem Aufbau einer Diskussionsplattform sollen Verständnis und Möglichkeiten der ZGO gestärkt werden, um zu einer partizipativen und transparenten Wissenschaftskultur zu kommen, die über vorwiegend technologische Lösungen hinausgeht. So trägt das Bündnis zu einer Wissenschaft und Forschung bei, die sich stärker am Gemeinwohl und den planetaren Grenzen orientiert. Ein Projektziel liegt darin, dazu beizutragen, Voraussetzungen in den Verbänden zu langfristig tragfähige Strukturen für partizipative Prozesse in der Wissenschaft aufzubauen.

Die Hebel der Forschungswende Plattform

Das Wissen um Prozesse, Strukturen und Handlungsspielräume im Wissenschaftssystem verleiht den Verbänden und der Zivilgesellschaft die notwendige Kompetenz, um ihre neue Rolle in der Partizipation auszufüllen. Workshops bringen den Diskurs zwischen den Organisationen voran und fördern die Vernetzung mit VertreterInnen aus der Wissenschaft. Die Vergabe von Gutachten und Studien zu strukturellen und inhaltlichen Wissenschaftsthemen erhöht die Expertise und das Capacity Building der ZGO. Die Homepage stellt Informationen rund um die Verbände und das Projekt bereit. Zusätzlich wird eine Sammlung von Studien und Links zu relevanten Forschungsthemen wie Energie, Bioökonomie oder Mobilität aufgebaut.

Die Plattform: Leitung & Beratung

Die Plattform vernetzt Umweltverbände (BUND, NABU, DNR), Entwicklungshilfe- und Gesundheitsorganisationen sowie Vertreter der Kirchen. Unterstützt wird die Plattform von Pionieren der transdisziplinären Nachhaltigkeits-Wissenschaft, die sich in der NaWis-Runde und in Ecornet organisiert haben. Die Geschäftsstelle der Plattform befindet sich bei der Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler. Die Plattform arbeitet überparteilich und verbandsübergreifend.

Sie erreichen uns unter:

Dr. Steffi Ober
Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)
Marienstr. 19/20
10117 Berlin
Tel.: 0172. 5254198
Fax: +49 30 21234057
Internet: www.forschungswende.de

Literatur:

Böhme, Gernot; Daele, Wolfgang van den; Krohn, Wolfgang (1977): Experimentelle Philosophie. Suhrkamp

Narberhaus Michael (2012): Systemischer Wandel für die Große Transformation. Oekom Verlag unter <http://www.oekologisches-wirtschaften.de>..

Rockström et al. (2009): A safe operating space for humanity, Nature Vol 461/24

Schneidewind Uwe, Singer Brodowski Mandy (2013): Transformation Wissenschaft. Klimawandel im deutschen WISSENSCHAFTS- und HOCHSCHULSYSTEM. Metropolis Verlag Marburg

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (2011): Hauptgutachten - Welt im Wandel. Gesellschaftsverlag für eine große Transformation, WBGU Berlin.

*Eine ergänzte Version des Textes, veröffentlicht im eNewsletter Wegweiser
Bürgergesellschaft 08/2013 vom 10.05.2013*

Autorin: Dr. Steffi Ober konzipierte das Projekt „Forschungswende für mehr Partizipation und Transparenz“ in Forschung und Wissenschaft“. Beim NABU Bundesverband ist sie zudem Referentin für Nachhaltige Forschungspolitik.

Kontakt: steffi.ober@vdw-ev.de